



PROF. DR. HANS-PETER MAYER  
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS

Brüssel, den 4. November 1999

**Presseerklärung 03/99:**

**Bericht der „Drei Weisen“: Die Kernprinzipien der Union verwirklichen**

**Prof. Dr. Hans-Peter Mayer zur kommenden Regierungskonferenz**

Der Bericht der „Drei Weisen“ unter Leitung des ehemaligen belgischen Premierministers Jean-Luc Dehaene wurde am Montag, dem 18. Oktober, der Europäischen Kommission übergeben. Die „Drei Weisen“ wurden von Kommissionspräsident Romano Prodi ersucht, die institutionellen Implikationen der Erweiterung der Europäischen Union (EU) genauer unter die Lupe zu nehmen. Das Europäische Parlament hat am in der Plenarsitzung Ende Oktober in Straßburg nach einem formellen Statement der Kommission über diesen Bericht diskutiert.

Der Europaabgeordnete Prof. Dr. Hans-Peter Mayer begrüßte den Bericht als eine gute Diskussionsgrundlage. „Gemeinsam mit der EVP-Fraktion dränge ich darauf, daß die Kernprinzipien der EU verwirklicht werden und daß vor allem jeder sie versteht. Die Verträge in ihrer derzeitigen Gestalt sprechen jeglichem Anspruch auf Transparenz Hohn: Jeder, der versucht, sie zu lesen, gibt schnell wieder auf.“

Ich unterstütze daher den Vorschlag der Drei Weisen, die Verträge umzuschreiben und in zwei Teile aufzuspalten: Der eine Teil sollte als Basisvertrag nur Ziele, Prinzipien und generelle politische Grundlinien der Europäischen Union enthalten, in einer für jedermann verständlichen Form. Ein zweiter, ‚juristischer‘ Teil könnte dann Definitionen und detaillierte Bestimmungen zu den einzelnen Politiken der Union umfassen.

Auf diese Weise könnten wir Europa und seinen Aufbau den Bürgern näherbringen. Als Jurist weiß ich, wie wichtig es ist, daß so bedeutende Texte wie die Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaften jedem verständlich sind.“

Die Vorschläge der Drei Weisen werden auf der Regierungskonferenz berücksichtigt werden, die sich im kommenden Jahr im Hinblick auf die anstehende Erweiterung der Union mit den notwendigen institutionellen Reformen befassen soll.